

Liebe Naturfreundinnen und Naturfreunde,

Liebe Gäste der Sonnwendfeier,

gefühlte sind wir schon mittendrin im Sommer 2014:

- Das heißeste Pfingsten seit Menschengedenken liegt hinter uns.
- Freibäder, Breitenauer See und Biergärten sind gut besucht.
- Die Bundesligasaison ist zu Ende und mit unserer Nationalmannschaft hoffen wir auf ein brasilianisches Sommermärchen.
- Der vorerst letzte neue Tatort wurde schon vor 14 Tagen gesendet – sogar aus Stuttgart - und es erwarten uns nun Sonntagabends 12 Wochen lang Tatortwiederholungen.
- Mein Terminkalender ist Wochenende für Wochenende reich bestückt mit Sommerfesteinladungen zahlreicher Vereine.

Also: Alles spricht für Sommer!

Aber offiziell ist erst heute kalendarische Sommeranfang und somit die kürzeste Nacht des Jahres.

Dies heißt auch, dass wir heute über 16 Stunden Tageslicht genießen können, bevor die Sonne nachher am Horizont verschwindet.

Es ist eine schöne Tradition, dass sich um den Zeitpunkt der Sommerrunde herum naturverbundene Menschen in der freien Natur versammeln, in geselliger Runde zusammensitzen, miteinander ins Gespräch kommen und mit dem Entzünden des Sonnwendfeuers den Sommer begrüßen.

Bei den rund 500.000 Mitgliedern der Naturfreunde hat dieses Ritual eine lange Tradition, die es wert ist gepflegt, zu werden.

Schön, dass in diesem Jahr die Sommerrunde wieder mal auf einen Samstag fällt und somit zur „Originalzeitpunkt“ gefeiert werden kann.

Wie wichtig Ihnen diese Tradition ist, erkennt man daran, dass sie sich selbst vom WM-Spiel Deutschland gegen Ghana nicht abhalten lassen – zumindest Sie, die Sie heute Abend hier zum Steinknicle gekommen sind.

Denen, die im letzten Jahr hier waren und nächstes Jahr auch wieder kommen werden, heute Abend aber ausnahmsweise vor dem Fernseher oder beim Public-Viewing sitzen, wünschen wir einen schönen und hoffentlich erfolgreichen Fußballabend.

Für mich ist es eine große Ehre, dass ich heute zu Ihnen sprechen und die diesjährige Feuerrede halten darf.

Auf jeden Fall ist der heutige Abend für Sie und für mich eine Abwechslung vom WM-Trubel der derzeit landauf landab herrscht.

Ich möchte daher heute auch gar nicht mehr über Fußball sprechen, keine Anspielungen machen und vor allem: auch keine 90 Minuten reden.

Liebe Naturfreundinnen und –freunde,

Bei aller Freude am gemeinsamen Miteinander an diesem wunderschönen Fleckchen Erde, geht es nicht allein um die Geselligkeit, wenn wir uns am längsten Tag des Jahres zur Sonnwendfeier versammeln.

Dieser Abend, der ja nun ziemlich genau in der Mitte des Jahres liegt, ist – so will es die Tradition - auch ein guter Zeitpunkt zum Innehalten und um etwas nachzudenken.

Deshalb hoffe ich, dass ich mit der diesjährigen Feuerrede den einen oder anderen Denkanstoß mitgeben kann.

Mich freut es, dass ich heute als ihr sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter sprechen darf.

Naturfreunde und Sozialdemokraten waren stets in Freundschaft verbunden und sind es bis heute.

Die Verwurzelung in der Arbeiterbewegung und die politische Ausrichtung der Naturfreunde prägen die Geschichte des Verbandes seit über einem Jahrhundert.

Dabei haben sich die Naturfreunde auch stets als ein politischer Verband begriffen. Vielleicht sind wir als Sozialdemokraten und Naturfreunde nicht immer in allem einer Meinung, aber bei den großen Linien und den wesentlichen Zielen herrscht Einigkeit.

Das von den Naturfreunden ehrenamtlich bewirtschaftete Steinknickle ist ein schöner Ort, um die Natur kennen zu lernen, sie zu genießen und sich mit ihr auseinander zu setzen.

Hier leisten die Naturfreunde eine tolle Arbeit und einen wichtigen Beitrag zur Umwelterziehung.

Davor habe ich allergrößten Respekt; Respekt auch davor, dass sie bereits seit vielen, vielen Jahren, als der Begriff „Nachhaltigkeit“ noch in keinem Parteiprogramm verankert war und in keiner politischen Rede vorkam, ganz selbstverständlich nach diesem Motto handeln.

Und das ist nötig, denn ein gutes Verständnis der Natur ist eine westliche Voraussetzung dafür, dass Menschen sich umweltbewusst verhalten und zum Erhalt der Schöpfung Gottes beitragen.

Umweltthemen sind mittlerweile keine Nischenthemen mehr, welche nur eine kleine Minderheit beschäftigt. Sie sind mitten in der Gesellschaft angekommen und prägen auch die politische Debatte.

Niemand, der politisch Verantwortung trägt, kann über ökologische Belange heutzutage mehr hinwegsehen:

- Allzu deutlich führt uns der Klimawandel immer mehr vor Augen, dass wir die Natur nicht ungestraft aus unseren Entscheidungen und unserem Handeln ausblenden können.
- Naturereignisse und Naturgewalten, ob sie nun von Menschenhand verursacht oder ohne unser Zutun auftreten, rücken nicht nur aufgrund der medialen Globalisierung immer stärker in unser Bewusstsein – Erdbeben, Stürme, Hochwasser oder Hagelschlag sind nicht nur Katastrophen, die uns in Filmen oder aus ganz weit entfernten Erdteilen begegnen – nein, sie ereignen sich auch vor unserer Haustür.
- Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, seien es fossile Energieträger oder sonstige Rohstoffe, ist keine entfernte Zukunftsfrage, mit der sich künftige Generationen befassen müssen; nein wir erleben heute - jetzt gerade - eine Zeitenwende in der Energieversorgung.

Es lassen sich zahlreiche weitere Beispiele finden, die uns vergegenwärtigen, dass Natur- und Umweltthemen einen ganz wichtigen Stellenwert haben oder zumindest haben müssen, wenn es um die Zukunft unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens geht.

Ich denke an Fragen der Mobilität und des Gütertransports, an die Frage der Belastung von Böden, Wasser und Luft mit unseren Altlasten, an die ungelöste Frage der Endlagerung atomarer Abfälle und vieles mehr.

Auch in Baden-Württemberg erhitzen umweltbezogene Themen viele Gemüter, wie manche aktuelle Debatte zeigt.

Ich will mal beispielhaft einige Themen benennen:

Da ist z.B. die Novellierung des Jagdgesetzes. Der Tierschutz ist mittlerweile im Grundgesetz verankert. Das neue Jagdrecht soll diesem Verfassungsrang mit den Grundsätzen eines Wildtiermanagements Rechnung tragen.

Die mitunter sehr, sehr emotional geführte Debatte zeigt exemplarisch bestehende Konflikte zwischen den Interessen des Tierschutzes und des Naturschutzes und denen der Landwirtschaft und von jagdbegeisterten Zweibeinern, die sich auch selbstverständlich dem Naturschutz verpflichtet sehen, auf.

Aufgabe der Politik ist es, hier für einen Interessensausgleich zu sorgen und eine gute Balance herzustellen – das Ganze allerdings in dem Bewusstsein, dass wir es keiner Seite zu 100% recht machen können.

Lange wurde auch im Nordschwarzwald über die Einrichtung eines Nationalparks diskutiert. Seit kurzem hat das Land Baden-Württemberg als – übrigens letztes Flächenbundesland – seinen ersten Nationalpark. Ich freue mich darüber sehr.

Auch wenn es dagegen heftigen Widerstand einiger Interessengruppen, vor allem aus den Reihen der Waldbesitzer, gab, bin ich der festen Überzeugung, dass von diesem Nationalpark alle Seiten langfristig profitieren werden:

die Natur, die nun einen Raum erhalten hat, in dem sie sich ohne direkte menschliche Einflüsse entwickeln kann, aber auch die Region Nordschwarzwald, die mit sanftem und nachhaltigem Tourismus wirtschaftlich profitieren wird.

Beim Naturschutz können eben auch alle gewinnen, nicht so wie bei der Fußball-Weltmeisterschaft.

Die Sonne gibt uns in diesen Tagen viel Energie, um im Freien aktiv zu werden, etwa für die heimische Gartenarbeit, zum Baden im See oder zum Grillen mit Freunden.

Auf zahlreichen Hausdächern sorgt der Sonnenschein mittels Solarzellen zudem für Strom und Wärme. Kaum ein anderes politisches Thema wird derzeit so heiß diskutiert wie die Energiewende.

Zweifellos ist es eine der größten Aufgaben unseres Landes den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger zu gestalten.

Im Landtag haben wir hierzu bereits vorgelegt. Das Landesplanungsgesetz wurde geändert und somit der Bau von Windkraftanlagen vereinfacht.

Aber auch da machen wir uns nicht nur Freunde: immer wieder formiert sich Widerstand – insbesondere dann, wenn sich die Energiewende vor der eigenen Haustür oder im erweiterten Blickfeld abspielt – seien es Windräder, die dann schnell als „Verspargelung der Landschaft“ gebrandmarkt werden oder seien es die großen Überlandstromtrassen, die einfach erforderlich sind, um den Nord- und Ostseestrom in unsere Gefilde – wo viel Energie gebraucht wird - zu bringen.

Manche machen es sich meiner Meinung nach da zu einfach: man kann nicht gegen alles sein: gegen Atomkraft, gegen Kohlestrom, gegen Windräder und gegen Stromleitungen – da ist dann schon auch mal Stehvermögen in der Politik und in den öffentlichen Verwaltungen angesagt.

Ein unstrittiger Beitrag zur Energiewende ist die energetische Sanierung, die Wärmedämmung. Deshalb sanieren wir im Land nach und nach unsere öffentlichen Gebäude energetisch, denn die billigste Energie ist die, die nicht verbraucht wird.

Gerade hierin liegt noch viel ungeschöpftes Potenzial auch bei vielen Privathaushalten.

Aus sozialdemokratischer Sicht muss die Energiewende aber auch sozial verträglich gemacht werden, denn steigende Energiekosten treffen vor allem Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen.

Mit dem Dreiklang aus Ökologie, aus Preisstabilität und aus Versorgungssicherheit wollen wir Sozialdemokraten bei der Energiewende auch weiterhin Zeichen setzen.

Nur unter diesen Vorzeichen wird der tiefgreifende Umbau der Energieversorgung die erforderliche demokratische Legitimation erlangen.

Überhaupt kein gutes Zeichen für die Demokratie war aus meiner Sicht die vielerorts sehr niedrige Wahlbeteiligung bei den Kommunal- und Europawahlen vor wenigen Wochen.

60% der Stimmberechtigten machten in Heilbronn von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch.

Spricht man mit den Menschen auf der Straße z.B. bei den Infoständen vor der Wahl, finden sich oft tausend Gründe warum dies so ist: „Die machen doch eh was sie wollen“, „Alles Verbrecher“ oder „Ist mir doch egal“ sind dabei nicht selten getätigte Aussagen.

Diese Vorurteile gehen jedoch an der Realität, gerade in der Kommunalpolitik, gänzlich vorbei.

In unseren Städten und Gemeinden sind viele Bürgerinnen und Bürger politisch aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv und gestalten ihr Gemeinwesen mit. Dabei investieren sie viel Zeit in ihr Ehrenamt.

Dies hat mehr Anerkennung und Interesse verdient, statt demonstrativer Stimmenthaltung oder einer diffusen Politikerschelte.

Gerade vor Ort ist Politik greifbar, sei es der neue Radweg, der Ausbau des Kindergartens oder die Neugestaltung des Marktplatzes.

Sicherlich gehen meine mahnenden Worte hier an die falschen Personen, denn Sie, als Naturfreunde, sind Teil der lebendigen Zivilgesellschaft, die sich einmischt und informiert. Hierfür auch an Sie mein herzlicher Dank!

Was sich im politischen Geschäft in letzter Zeit massiv verändert, ist die Art und Weise, wie sich Bürgerinnen und Bürger über Interessensgruppen in die Debatten einbringen, dann wenn es um persönliche Anliegen oder Präferenzen geht – zumeist geht es gegen irgend etwas.

Dann wird vehement Mitsprache und Transparenz eingefordert; ich sage: durchaus zu recht!

Gelegentlich kommen dann aber auch Ergebnisse heraus, die den Initiatoren nicht gefallen: beim Thema „Stuttgart 21“ haben wir das erlebt.

Es ist dann Aufgabe der Politik, so gefällte demokratische Mehrheitsentscheidungen auch in die Tat umzusetzen – auch gegen anhaltenden Widerstand.

Doch ist es auch an uns in der Landespolitik, Brücken zu bauen und Wege zu insgesamt mehr verankerter Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.

Daher haben wir die Hürden für Bürgerentscheide und Bürgerbegehren gesenkt, das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 herabgesetzt und die Rechte der Gemeinderäte gestärkt.

Noch ein Gedanke zu den zurückliegenden Wahlen: eine politische Partei möchte eine Alternative sein: Eine Alternative zum Gedanken für ein gemeinschaftliches Europa, eine Alternative zur gesellschaftlichen Vielfalt oder eine Alternative zur Emanzipation der Frau.

Es ist für mich kein gutes Zeichen, dass etwa 7% der Wähler bei der Europawahl, genau diese Alternative, die AfD, gewählt haben. In Ländern wie Frankreich, Österreich, Niederlande oder Großbritannien sind ähnliche, oder noch nationalistischere, Parteien sogar mit deutlich höheren Stimmanteilen aus den Wahlen hervorgegangen.

Ein schwer zuordenbarer Populismus, gepaart mit Ressentiments gegen das Fremde, gegen Ausländer, ja ich behaupte - ein Rechtsruck geht durch Europa. Das macht mir Sorge.

Noch ist die europäische Einigung nicht in ernsthafter Gefahr, dennoch müssen wir Demokraten wachsam bleiben und Populisten und Nationalisten in den Debatten stellen und deutlich machen, dass ihre einfachen Rezepte keine Antwort auf die wichtigen Fragen unserer Zeit sind.

Europa ist zu wertvoll, um es denen zu überlassen, die es wieder zerschlagen möchten. Hier müssen wir als Demokraten einig zusammenstehen.

Einigkeit herrscht im Landtag von Baden-Württemberg nun wahrlich nicht immer, aber Demokratie lebt von der Diskussion um die Sache. Wenn diese ab und an auch etwas sachlicher wäre, wäre dies sicher von Vorteil.

Vor drei Jahren haben wir uns als SPD gemeinsam mit den Grünen auf den Weg gemacht: Für ein starkes, gerechtes und soziales Baden-Württemberg.

Wir Sozialdemokraten haben dabei schon einiges erreicht für die Menschen im Land.

Lassen Sie mich kurz auf die Bereiche Bildung und Arbeit eingehen.

Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote sind für die Familien in ihrem Lebensalltag und für gute Bildung wichtig. Daher haben wir in einem ersten Schritt jährlich über 400 Millionen Euro in den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige investiert.



Jetzt sorgen wir dafür, dass mehr Schulen Ganztagschulen sein können. Zunächst werden sich vor allem Grundschulen zu Ganztagschulen weiterentwickeln, damit nach dem Ausbau der Betreuung im frühkindlichen Bereich direkt ein weiterführendes Angebot entsteht.

Ziel ist ein flächendeckendes Netz von Ganztagschulen. Jede Schülerin und jeder Schüler soll bei Bedarf die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule in erreichbarer Nähe zu besuchen. Schon über 180 Grundschulen im Land haben sich auf den Weg gemacht und arbeiten an einem vielfältigen und passgenauen Ganztagesangebot für die Kinder.

Weil wir mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft erreichen wollen, haben wir die Gemeinschaftsschulen eingeführt. Denn nur durch bessere Bildung ermöglichen wir unseren Kindern gute Voraussetzungen für ihre spätere berufliche Zukunft und gesellschaftliche Teilhabe.

Vom gemeinsamen Lernen profitieren alle. Es stärkt den Zusammenhalt zwischen Schülerinnen und Schülern.

So eine grundlegende Veränderung geht nicht von heute auf morgen und nicht völlig reibungslos vonstatten, aber inzwischen gibt es auch bei uns in der Region zahlreiche Gemeinschaftsschulen, die erfolgreich arbeiten.

Bildung eröffnet Menschen Chancen. Es kann nicht sein, dass jemand auf ein Studium verzichten muss, weil es sein Geldbeutel nicht zulässt. Deshalb haben wir die Studiengebühren abgeschafft und damit ein wichtiges Hindernis für Aufstieg durch Bildung beseitigt.

Leider ist dies bereits etwas in Vergessenheit geraten – die guten Taten beim Regieren haben eine deutlich kürzere Halbwertszeit als negative Schlagzeilen.

Insgesamt haben wir seit 2011 über eine Milliarde Euro zusätzlich in die Bildung investiert - eine ordentliche Hausnummer! Aber gut investiertes Geld.

Nur wenn wir in Bildung und Ausbildung investieren, werden wir den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nachhaltig sichern und stärken können und zugleich für soziale Gerechtigkeit sorgen!

Mein politischer Schwerpunkt im Landtag ist die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, von jeher eines der Kernthemen der SPD.

Baden-Württemberg ist ein reiches, wirtschaftsstarkes und fortschrittliches Land. Es kann deshalb nicht sein, dass Arbeit bei uns nicht fair entlohnt wird!

Daher wollen wir Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit machen.

Mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz haben wir einen großen Schritt in diese Richtung gemacht: Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, haben wir verpflichtet, Tarife einzuhalten oder zumindest den Mindestlohn zu zahlen.

Die Bundesregierung zieht nun endlich nach und unsere Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles bringt den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn auf den Weg. Richtig so!

Wir bekämpfen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und haben ein eigenes Landesarbeitsmarktprogramm aufgelegt. Mit einem bundesweit einmaligen Modellprojekt zum Passiv-Aktiv-Tausch setzen wir Maßstäbe: Wir finanzieren damit Langzeitarbeitslosen nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern die Aufnahme einer regulären Beschäftigung.

Eine Gesellschaft, die immer älter wird, muss auch dafür sorgen, dass ein Altern in Würde möglich ist. Mit einem neuen „Heimrecht“ setzen wir ein Zeichen für mehr Lebensqualität und Selbstbestimmung von Menschen mit Pflege- bzw. Unterstützungsbedarf und Menschen mit Behinderung.

Das Gesetz für „Unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege“ wird das bisherige Landesheimgesetz ersetzen.

Wir schaffen damit eine differenzierte und flexible Ausgestaltung des Wohnens im Alter und fördern innovative gemeinschaftliche Wohnformen, wie etwa ambulant betreute Wohngemeinschaften.

Es ist ja fast schon Tradition, dass in einer Rede eines Sozialdemokraten ein Zitat von Willy Brandt auftaucht.

In diesem Sinne: „Technischer Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung stellen ständige Anforderungen an die Mobilität aller Erwerbstätigen. Daher halten wir die Einführung eines Bildungsurlaubs für eine wichtige Aufgabe“ – das sagte Willy Brandt in seiner Regierungserklärung im Jahr 1969.

Gelesen habe ich diese Aussage übrigens in der letzten Ausgabe ihrer Verbandszeitschrift der „Naturfreundin“.

In vielen Bundesländern gibt es schon seit vielen Jahrzehnten einen Anspruch auf Bildungsfreistellung gegenüber dem Arbeitgeber.

Nun sind auch wir in Baden-Württemberg dabei einen gesetzlichen Anspruch hierauf zu verankern – 45 Jahre nachdem Willy Brandt diese Forderung erhoben hat.

Uns Sozialdemokraten ist es dabei wichtig, dass wir neben dem Anspruch auf berufliche und politische Bildung auch Weiterbildung im Hinblick auf die Ausübung eines Ehrenamtes ermöglichen und unterstützen.

Ich denke, damit greifen wir ein wichtiges Anliegen unserer zahlreichen Vereine und Verbände, wie etwa auch bei den Naturfreunden, auf und wollen dies in die Tat umsetzen.

Ich habe gerade aus der Verbandszeitung „Naturfreund“ Willy Brandt zitiert; da muss ich noch eine Nebenbemerkung loswerden:

Der Regionalteil ihrer Zeitschrift nennt sich „Der grüne Aufstieg“ – mir persönlich wäre da eine andere Farbenlehre etwas lieber.

Sicher setzen wir alles daran, dem Naturschutz und der Ökologie in unserem Land zum Aufstieg zu verhelfen, doch mit Blick auf die nächsten Wahlen haben Sie sicher Verständnis dafür, dass aus Sicht der SPD der „Grüne Aufstieg“ nicht ganz grenzenlos vonstatten gehen sollte, sondern wir Sozialdemokraten dann wieder die Nase vorn haben wollen.

Liebe Gäste, liebe Naturfreudinnen und Naturfreunde,

ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, unser Land wirtschaftlich weiterhin auf Erfolgskurs zu halten, dabei sozial noch gerechter zu machen und insbesondere noch mehr ökologische Nachhaltigkeit in den Köpfen der Menschen und im politischen Handeln zu verankern.

Hierfür sind wir auf Sie als gesellschaftliche Kraft und als Partner angewiesen. Zusammen können wir viel für die Menschen bewegen.

Bei allem Einsatz für ein gutes Zusammenleben und für eine bessere Welt sollen aber auch das persönliche Wohlbefinden, das Genießen und das gemeinsame Feiern nicht zu kurz kommen.

Deshalb wünsche ich Ihnen nun an diesem besonderen Tag der Sonnenwende eine schöne Feier.

Das Feuer, das später entzündet wird, möge seinen Teil dazu beitragen und Ihnen nicht nur Licht und Wärme für die Nacht, sondern auch Kraft für bevorstehende Aufgaben geben.

In diesem Sinne schließe ich mit Schiller: „wohltätig ist des Feuers Macht, wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht und was er bildet, was er schafft, das dankt er dieser Himmelskraft“.

Ich danke für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.